



Antrag

der Abgeordneten **Josef Seidl, Franz Bergmüller, Dr. Ralph Müller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Weitere Belastungen für Autofahrer wie Pkw-Maut oder City-Maut verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass in Zeiten von Corona die Autofahrer nicht auch noch durch eine Pkw-Maut oder eine City-Maut belastet werden.

Begründung:

In Zeiten von Corona und der damit einhergehenden schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, sind weitere Belastungen für Autofahrerinnen und Autofahrer nicht mehr tragbar. Die drohende Rezession muss mit allen Mitteln bekämpft und darf nicht durch zusätzliche Kosten für die Bevölkerung befeuert werden. Weiterer Druck kommt von der CO₂-Steuer, die nächstes Jahr eingeführt wird und die auch noch Jahr für Jahr steigen soll.

Von verschiedenen Seiten gibt es die Bestrebung, dass in naher Zukunft neue Belastungen für Autofahrerinnen und Autofahrer eingeführt werden sollen. So soll der Individualverkehr weiter unattraktiv gemacht oder aus Kostengründen verunmöglicht werden. Autofahren soll zu einem Luxusgut werden, das sich nur noch Gutbetuchte leisten können. Die anderen sollen sich mit dem ÖPNV fortbewegen, was in Corona-Zeiten wegen der hohen Ansteckungsgefahr gefährlich ist.

Betroffen wären bundesweit Millionen von Pkw-Besitzerinnen und -Besitzern, die bereits jetzt lange Autofahrten und entsprechend hohe Kosten hinnehmen müssen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. So sind nach Daten von 2017 61 Prozent der Pendlerinnen und Pendler in Deutschland täglich zwischen 30 Minuten bis fast 2 Stunden unterwegs, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Neben diesen Erschwernissen wird der autofahrende Pendler bereits massiv über die im Benzinpreis eingepreisten Steuern zur Kasse gebeten. Im Mai 2019 betrug der Preis je Liter Super E10 etwa 1,5 Euro je Liter. Der Steueranteil am Gesamtpreis je Liter Super E10 liegt bei 89,5 Cent je Liter (Mehrwertsteuer, Ökosteuer, Energiesteuer, Beitrag an den Erdölbevorratungsverband). Das entspricht 59 Prozent Steueranteil pro getanktem Liter. Dieser hohe Steueranteil muss nun endgültig reichen und darf nicht noch weiter ansteigen.